

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 28 :. 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 :. Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 13. Juli 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Was der Weltkrieg ver-
schlingt. — Der Tarif für die Berliner Portefeuille- und
Reisefertigstellungsindustrie verlängert. — Radikal aber schlapp. —
Aus anderen Organisationen. — Streiks und Lohn-
bewegungen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 15. bis 21. Juli
1917 ist der 29. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Was der Weltkrieg verschlingt.

Mehr als 300 Milliarden Mark Kriegskosten
hat das Massenverbrechen, der Weltkrieg, den be-
teiligten Völkern schon gekostet. Das ist eine
Summe, die sich der gewöhnliche Sterbliche kaum
vorzustellen vermag. Sie bedeutet, daß jeder
Tag des Krieges nicht viel weniger als 350
Millionen verschlang, jede Stunde Krieg fast 15
Millionen.

Kein Krieg beanspruchte je auch nur an-
nähernd gleich gewaltige Summen. Der nicht
ganz drei Jahre dauernde Burenkrieg forderte
von England einen Aufwand von 4½ Milliarden
Mark, soviel etwa, wie England heute in fünf
Wochen auszugeben gewohnt ist.

Der Russisch-Japanische Krieg, der rund
anderthalb Jahre dauerte, bedeutete für das
Zarenreich Ausgaben im Betrage von knapp
3 Milliarden, für Japan einen Aufwand von
2½ Milliarden. Mit 5½ Milliarden führt man
heute gerade zwei Wochen lang Krieg.

Was will neben den Summen, die dieser
Krieg verschlingt, selbst die Kriegsschädigung
von fünf Milliarden betragen, zu der sich im Frie-
den von 1871 Frankreich gegenüber Deutschland
verpflichten mußte? „Man konnte damals nicht
begreifen, wie eine solche Summe überhaupt auf-
zubringen sein würde, und es gab Leute, die sich
die Köpfe darüber zerbrachen, was man mit dem
vielen Geld eigentlich anfangen sollte,“ schrieb
kürzlich die „Frankfurter Zeitung“ bei einem
Vergleich der genannten Zahlen mit den Kosten
dieses Weltkrieges. „Und doch, wie klein nimmt
sich die Summe heute aus gegenüber den Er-
fordernissen des gegenwärtigen Krieges! Allein
die Aufwendungen eines Monats machen das
Zweieinhalbfache der damaligen französischen
Kriegsschädigung aus. . .“

Alles Gold, das seit dem fünfzehnten Jahr-
hundert in der ganzen Welt gefördert wurde, er-
gibt zusammengekauft erst einen Wert von 62
Milliarden. Wäre es möglich, die mehr als
300 Milliarden, die der Weltkrieg bis dahin fraß,
in Zwanzigmarkstücken nebeneinanderzulegen, so
ergäbe das ein blinkendes Band, lang genug, um
damit achtmal und mehr die Erde zu um-
wickeln. . .

Deutschland steht mit der Höhe seiner bis-
herigen Kriegskosten nicht an erster Stelle. Aber
fassen wir auch „nur“ die 60 bis 70 Milliarden

ins Auge, die das Deutsche Reich bislang für die
Kriegsführung ausgegeben hat — was hätte man
mit ihnen bei anderer Verwendung nicht alles
fertigbringen können!

Für diejenigen, die immer auf die Not-
wendigkeit hinweisen, Deutschland reichere Roh-
stoffquellen zu erschließen, hätte man Land-
einkäufe in fremden Erdteilen machen können,
groß genug, um jedem Anspruch zu genügen. In
seiner kleinen Broschüre „Die soziale Bilanz des
Krieges“ weist Parvus beispielsweise auf die
fruchtbaren südatlantischen Gefilde Nord-
amerikas hin. Nach dem Zensus der Vereinigten
Staaten vom Jahre 1910 betrug der Wert
sämtlicher Farmen in South-Atlantic zwölf
Milliarden Mark. Zene Farmen aber liefern
jähraus jahrein nicht weniger als vier Milliarden
Ballen Baumwolle, das heißt viermal mehr als
die ganze deutsche Industrie gebraucht, ganz un-
gerechnet die vielen Schiffsabgaben Getreide,
die Riesenherden von Schlachtwieh, die zahl-
reichen anderen wertvollen Produkte jener land-
wirtschaftlichen Betriebe, die alljährlich für die
12 Milliarden in unseren Besitz gekommen
wären.

Für weitere 12 Milliarden wäre es eine
A Kleinigkeit gewesen, genug Bergwerke, Pe-
troleumquellen und Plantagen in der ganzen
Welt zu erwerben, um auch den größten Teil
aller sonstigen Rohstoffbedürfnisse unserer In-
dustrie zu befriedigen, ohne erst auf kolonialen
Neuland herumexperimentieren zu müssen.

Dem deutschen Außenhandel einen märchen-
haften Aufschwung zu verleihen, hätten noch
weniger Milliarden genügt. Der Wert der ge-
samten deutschen Handelsflotte vor dem Kriege
betrug nach Parvus etwa drei Viertelmilliarden
Mark, der der englischen rund drei Milliarden.
Für ein paar Milliarden hätte die deutsche
Handelsflotte zur stärksten der Welt gemacht
werden können, wäre es möglich gewesen, die
deutsche Schifffahrt in den Stand zu setzen, den
Welthandel in starkem Umfang an sich zu reißen
und „die Frachten für Rohstoffe so herabzusetzen,
daß die Ueberlegenheit der deutschen Industrie
auf dem Weltmarkt gesichert worden wäre“.

Es wären dann noch immer 30 Milliarden
und mehr übrig geblieben, etwa, um sie für
soziale Zwecke zu verwenden.

Schon mit fünf Milliarden hätte man da
viele tausend Morgen Moor- und Dedland kul-
tivieren und eine Viertelmillion neuer hübscher
Bauernhöfe einrichten können.

Mit zehn weiteren Milliarden wäre es ein
leichtes gewesen, eine Million gesunder, freund-
licher Gartenhäuschen am Rande der großen
Industriestädte zu erbauen, mit geräumig-bei-
terten Wohnungen für je zwei, drei Familien, mit
Raum für sechs bis zehn Millionen Menschen.

Nachmals zehn Milliarden, und ein halbes
Hunderttausend moderner, schöner Schulen, wohl-
eingetrichteter, freundlicher Krankenhäuser und
Invalidenheime hätten hervorgezaubert werden
können, auf jedes Stadtviertel, auf jeden Ge-

meindeverband von etwa 5000 Seelen vielleicht
zwei schöne, neue Schulgebäude, Kinderhorte
oder dergleichen und eine Anstalt zur Aufnahme
und Pflege von Kranken, Schwachen und
Krüppeln. . .

Dann würden immer noch fünf oder zehn
Milliarden geblieben sein, um andere Wohl-
fahrtsanstalten zu treffen, in einem Umfang,
daß sich dem von den heutigen Wohltätigkeits-
stiftungen und sozialen Anstalten kaum etwas
würde vergleichen lassen.

Es soll nicht gesagt sein, daß eine Summe
von 70 Milliarden nach diesen Vorschlägen ge-
rade am besten und zweckmäßigsten verwendet
werden würde. Hundert andere, hundert bessere
Pläne ihrer Verwendbarkeit wären sicher möglich,
um selbst innerhalb des Rahmens der bestehen-
den Gesellschaftsordnung einen wirtschaftlichen
und sozialen Aufschwung zu erzielen, der alles je
Erlebte weit hinter sich lassen müßte.

Aber keine Verwendung von 70 Milliarden
kann so unvorteilhaft sein wie ihre Hinopferung
für einen Krieg. Würde er selbst mit einem
glänzenden Siege enden, sein Gewinn könnte
nie — auch vom Standpunkt der Imperialisten
des sieghaften Landes nie — so viel an Vor-
teilen einbringen wie die Verwendung einer
gleich großen oder auch nur halb so großen
Summe für friedliche Förderung des wirtschaft-
lichen Lebens.

Das deutsche Volksvermögen — das heißt:
der Wert des deutschen Grund und Bodens, aller
vorhandenen Baulichkeiten, der Fabriken und
Maschinen, der Wege und Bahnanlagen, des Be-
sitzes an ausländischen Wertpapieren usw. —
wurde vor dem Kriege auf 330 bis 390 Milliar-
den Mark geschätzt. Damit vergleiche man, was
Deutschland in diesem Kriege bislang an
Milliarden hingab — und in Zukunft noch wird
hingeben müssen, um die Wunden zu heilen, die
der Krieg schlug, die Renten zu zahlen, die durch
Tod und Verwundung von Kriegsteilnehmern
nötig wurden.

Das Volksvermögen Englands — ohne seine
Kolonien — sollte bei Beginn des Krieges etwa
330 Milliarden betragen. Schon bis Ende 1916
beliefen sich die Kriegskosten Englands auf fast
70 Milliarden Mark.

Frankreich, dessen Nationalvermögen man
vor dem Kriege auf 260 Milliarden schätzte, hatte
bis zum gleichen Zeitpunkt Kriegsausgaben in
der Höhe von 44 Milliarden, das heißt in der
Höhe eines Sechstels seiner gesamten Werte an
Äckern, Industrieanlagen, Bahnen und Boden-
schätzen.

Die Kriegskosten Rußlands in der Höhe von
52 Milliarden und die Italiens in der Höhe von
13 Milliarden (bis Ende 1916) wiegen für diese
Länder um so schwerer, als sie — nach Berech-
nungen des Oberfinanzrates Dr. Schwarz im
„Bankarchiv“ — zu 22 und 25 Proz. durch An-
leihen im Ausland gedeckt werden mußten, wäh-
rend dort 34, hier 17 Proz. durch die Ausgabe
von Banknoten und Papiergeld aufgebracht wer-

IV. Die Berechnung der Teuerungszulage hat im Lohnbuch stets gesondert von dem eigentlichen Grundlohn zu erfolgen.

V. Die Arbeitgeberorganisation verpflichtet sich, den Arbeitern ihrer Hausgewerbetreibenden die Teuerungszulage dadurch zu sichern, daß sie die Hausgewerbetreibenden folgenden Revers unterschreiben läßt:

Revers.

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, die Teuerungszulagen nach der Vereinbarung vom . . . seinen Arbeitern zu zahlen und unterwirft sich für seine Person und seinen Betrieb hinsichtlich der Zahlung dieser Teuerungszulagen der Entscheidung der Berliner tariflichen Schlichtungsinstanzen.

Berlin, den . . . (Unterschrift.)

VI. Für Außerhausarbeit werden Leim, Kleister, Pappe, Stifte, Watte, Papier, überhaupt alle Zutaten, die zur Fertigstellung der Ware notwendig sind, geliefert. Ausnahmen von dieser Regel sind nur mit Zustimmung der beiden Organisationen zulässig, und zwar in der Form, daß die Außerhausarbeiter für die von ihnen zu beschaffenden Zutaten volle Entschädigung und den bei der Beschaffung nachgewiesenen Zeitverlust bezahlt bekommen.

VII. Der § 9 des Vertrages wird dahin abgeändert, daß an Stelle des im Abs. 5 und 6 benannten Tarifamts das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts dessen Funktionen übernimmt.

Nach den gegebenen Zusicherungen der verhandelnden Personen ist, die Zustimmung der Mitglieder beider Organisationen vorausgesetzt, die Verlängerung des Tarifs um ein Jahr gesichert und damit der Unterbau für die weitere Ausgestaltung des Tarifwesens.

Gemeßen an den Ergebnissen früherer Lohn- und Tarifbewegungen, kann die diesmalige Berliner Vereinbarung als ein großer Sprung bezeichnet werden. Leider läßt sich der Friedensmaßstab auch hier nicht anwenden. Die Bedürfnisse der Lebenshaltung erfordern mehr als 50 Proz. Trotzdem können wir von einem Erfolg sprechen. Denn ohne unseren Verband hätten die Arbeiter weder einen Tarif, noch eine allgemeine, tarifverbindliche Teuerungszulage, die an den Orten immer am höchsten sein wird, in denen die Kollegen sich am meisten gewerkschaftlich betätigen.

* * *

Die Verhandlungen für die Berliner Album-, Mappen- und Galanteriebranche

wurden zum Teil gemeinschaftlich mit denen für die Lederwarenindustrie gepflogen. Jedoch in der entscheidenden Sitzung verhandelten die Vertreter beider Gruppen gesondert. Da auch ein Teil unserer Mitglieder auf Mappen oder Galanteriearbeiten beschäftigt sind, dürften die für diese Branche gemachten Zugeständnisse ebenfalls von Interesse sein. Auf alle tariflichen Minimallöhne der in Zeitlohn Beschäftigten ist vom 1. Juli ab für die Stunde eine Zulage von 45 Pf. für männliche und von 25 Pf. für weibliche Beschäftigte als Teuerungszuschlag zu gewähren. Die Teuerungszulage aller derjenigen im Zeitlohn Beschäftigten, deren Stundenlöhne den Minimallohn übersteigen, beträgt für Arbeiter 40 Pf. und für Arbeiterinnen 20 Pf. Hier sind also die Sätze um fünf Pfennige geringer als bei denen, die nur die Minimalstundenlöhne erhalten; Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen erhalten auf den am Wochenschluß erzielten Verdienst einen Aufschlag von 37½ Proz. als Teuerungszulage. Werden Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen vorübergehend im Zeitlohn beschäftigt, so erhalten sie als Stundenlohn den Betrag, den sie in den letzten vier Wochen als Stundenverdienst erzielten, sowie die Teuerungszulage. Der Stundenlohn darf bei ihnen nicht geringer sein als der im Tarif vorgesehene Minimalstundenlohn. Bisher gewährte, durch Vereinbarung beider Organisationen festgelegte allgemeine Teuerungszulagen kommen in Wegfall. Lohnaufbesserungen sind mit Teuerungszulagen nicht gleichbedeutend. Deshalb bleiben Lohnaufbesserungen unberührt. Es wa bestehende höhere Teuerungszulagen dürfen nicht gekürzt werden. Die Teuerungszulagen sind auch für etwa geleistete Ueberstunden zu gewähren, so daß der gesamte Verdienst, einschließlich der Ueberstunden und der tariflichen Ueberstundenzuschläge, mit den obengenannten Teuerungszulagen zu belegen ist.

Zm Anschluß an diese Verhandlungen haben die in den genannten Betrieben beschäftigten Mitglieder des Buchbinderverbandes zu dem Ergebnis Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Um einen Konflikt mit den Arbeitgebern zu vermeiden, erklärt sich die Versammlung mit den Zugeständnissen einverstanden. Sie widerspricht aber

der Ablehnung der Forderung, wonach Arbeiterinnen, welche Gehilfenarbeit verrichten, den Lohn der Gehilfen und demnach auch den Teuerungszuschlag der Gehilfen erhalten sollten. Die Branchenleitung wird beauftragt, wegen dieses Punktes noch einmal mit den Arbeitgebern zu verhandeln.“

Radikal, aber schlapp.

Die herrschende von Tag zu Tag immer drückender werdende Teuerung aller Lebensmittel hat die Arbeiterchaft herausgefordert, von den Unternehmern Teuerungszulagen zu verlangen, um so einigermaßen einen Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Besonders unser Verband ließ es sich angelegen sein, als erster hier bahnbrechend vorzugehen. Denn schon in der dritten Kriegswoche wurde für die Lederwarenindustrie 20 Proz. Teuerungszuschlag tarifverbindlich vereinbart und später sogar erhöht mit geistlicher Kraft festgelegt. Je länger die Teuerung anhält, desto öfter wurden diesbezügliche Anträge an die Unternehmer gestellt. Die Kollegenchaft der anderen Branchen folgte diesem Beispiel. Gemessen an den Wucherpreisen für Lebensmittel reichen die Ergebnisse nicht aus. Wenn Kartoffeln, Fett, Obst u. a. fast nur noch zu für Arbeiter unerträglichen Preisen im Schleichhandel erhältlich ist, wenn Gemüse mehr als das Zehnfache wie in Friedenszeiten kostet, dann müßten die Verdienste der Arbeiter mindestens um das Fünffache gesteigert werden. Soweit wollen aber die Unternehmer nicht gehen und die Arbeiter müssen sich mit weit geringeren Zugeständnissen abfinden. Aber daß es noch Arbeiter gibt, die den berechtigten Forderungen nach Teuerungszulagen gleichgültig gegenüberstehen, unter dem Vorwande, die Gewerkschaften haben während des Krieges den Klassenkampfpunkt verlassen, Arbeiterinteressen mit Füßen getreten, die Beitragsleistung einstellen, sollte man kaum für möglich halten. Und doch ist es vielfach so. Verschiedene Verwaltungsstellen können mit derartigen Erfahrungen aufwarten. Zu welchem Unheil die Wachenschaften solcher „radikalen“ Klassenkämpfer führen können, dafür nur ein Beispiel.

In einer größeren Fabrik, die im Nebenbetrieb auch seine Lederwaren herstellt, sind 10 Portefeuille beschäftigt, die, obwohl organisiert, sich wenig um die gewerkschaftliche Betätigung kümmern. Nicht einmal auf die Einhaltung des Tarifs achten sie. Was Wunder, wenn der Unternehmer seinen Nutzen daraus zog. Die Zeillöhne erreichten kaum die tariflichen Mindestsätze, die Affordlöhne wurden vom Betriebsleiter nach eigenem Gutdünken festgesetzt und zwar unter Zugrundelegung des Verdienstes, den ein Gehilfe mit einem Lehrling erzielte; d. h., fertigt ein Arbeiter mit einem Lehrling im Laufe einer Arbeitswoche 6 Duzend Täschchen an, so wird der Arbeitslohn auf 6 Mk. pro Duzend festgesetzt. Da ein alleinarbeitender Kollege weniger anfertigt, so bekommt er 20 Proz. Teuerungszulage zum Ausgleich. Allerdings wird ihm bedeutet, recht bald einen Lehrling oder weibliche Hilfskräfte anzunehmen, die er dann auch selbst zu entlohnen hat. Anstatt daß die Kollegen sich nun gegen solche Mißstände wehren, machen sie täglich noch Ueberstunden, schimpfen weidlich über den Verband, behaupten, die Gewerkschaften helfen den Krieg verlängern, ja sie sind gar schuld an dem Krieg. Sie haben ja mit und besonders die Beitragsleistung eingestellt, bis die Verbandsleitung sich wieder der „Klassenkampftheorie“ zuwendet, den Burgfrieden aufhebt und der herrschenden Gesellschaft den Fehdehandschuh zuwirft. Daß unser Verband schon zweimal Teuerungszulagen erungen hat, gerade jetzt dabei ist, der Kollegenchaft eine weitere Besserung zu erkämpfen, kümmert diese Kollegen sehr wenig. Anstatt in Versität oder Mitgliederberathungen zu gehen, machen sie Ueberstunden oder lassen das fast vergessene „Ennibuschieben“ erneut aufleben. Hört man sie aber sprechen, so sind sie radikal mit sechs r.

Warum schildern wir dies „schöne“ Idyll? Nur um zu zeigen, wie die Kollegen sich selbst schädigen, wenn sie, anstatt praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, sich in Phrasen ergehen, auf die Gewerkschaften schimpfen, ihnen den Kampfcharakter abstreiten, selbst aber die eigenen Interessen mit Füßen treten und so in die Taschen der Unternehmer arbeiten. Wer sich solche Vorwürfe eripieren will, muß die Phrasentheorie abstreifen und als tätiges Mitglied praktische Arbeit im Verbands leisten.

Aus anderen Organisationen.

Die 13. Generalversammlung der Metallarbeiter, während des Krieges die zweite Tagung des Verbandes, fand in der Zeit vom 27. bis 30. Juni in Köln a. Rh. statt. Sie gestaltete sich in der Hauptsache zu einer Auseinandersetzung zwischen Anhängern der Mehrheit und Minderheit innerhalb der Sozialdemokratie. Ein Teil der Delegierten machte für die Unabhängigen Propaganda und brachte zum

Ausdruck, daß die Generalkommission, die Gewerkschaftsvorstände und die Verbände durch das Festhalten an der Politik vom 4. August die Arbeiterbewegung schädigen. In der Hand der Tatsachen konnten die Vorstandsvertreter den Nachweis erbringen, daß die Gewerkschaften alles getan haben und nichts unerforscht liegen, wo es gilt, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des Vorsitzenden der Generalkommission. Genosse Legien sagte u. a.:

„Ein Teil der Opposition meint, die gewerkschaftlichen Organisationen hätten ihre Grundzüge geändert, ein anderer Teil glaubt, daß die Zeit dafür gekommen ist, die Gewerkschaften ins syndikalistische Fahrwasser zu treiben; das haben wir in den neunziger Jahren überwunden. Die Gewerkschaften sind geblieben, was sie vor dem Kriege waren: sie sind bestrebt, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben. Wir haben unsere Auffassung, unsere Grundzüge nicht geändert, richtig ist, daß bei der Regierung sich die Auffassung gegenüber den Gewerkschaften geändert hat. Gaben wir es jemals abgelehnt, mit der Staatsleitung in Verhandlungen zu treten? 1902 in Stuttgart haben wir die Regierung eingeladen, und sie war damals auf dem Kongreß vertreten. Die Gegenüber zwischen Regierung und Gewerkschaften kamen vor dem Krieg zum Siedepunkt. Die Gewerkschaften sind von dem, was sie vor dem Kriege vertraten, nicht ein Zota abgegangen, und sie werden von diesem Wege nicht abgehen, darauf können Sie sich verlassen. Wenn man kritisiert, hätte man zeigen müssen, wie es hätte anders gemacht werden sollen. Da haben die Kritiker versagt. Sie haben auch kein Wort davon geredet, was die Gewerkschaften, die Arbeitervertreter, während des Krieges geleistet haben. Was sie durchgeleitet auf sozialpolitischem Gebiet, für die Kriegsteilnehmerfamilien usw. Auf welchem Gebiet sollen die Gewerkschaften denn eine Schwankung vorgenommen haben? Wir sollen uns für eine neue politische Partei erklären. Das hat Ihr Vorstand abgelehnt, das lehnt die Generalkommission ab. Die Gewerkschaftsorganisationen haben ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Soweit ihre politische Vertretung in Frage kommt, stellen sie sich unter den Schutz der sozialdemokratischen Partei. Sie lehnen es ab, bei politischen Fragen direkt zu entscheiden, ihre Organisation irgendeiner Partei dienstbar zu machen. Die „Unabhängigen“ müßten übrigens erst den Beweis dafür erbringen, daß sie das Grundprinzip der Demokratie, die Disziplin, hochhalten. Ich sehe in der „Unabhängigen Partei“ keine Gefahr für die Gewerkschaften, denn diese sind über die Phrasologie längst hinaus. Erschüttern kann allerdings auch die Gewerkschaftsorganisation der Disziplinbruch. Die Disziplin muß aufrechterhalten werden. Zum Parteifreien haben wir Stellung genommen, als versucht wurde, den Streit in die Gewerkschaften zu tragen und diese für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Wir wollen in unseren Gewerkschaftsorganisationen auf keinen Fall die Zügel treiben lassen, daß jeder tun kann, was ihm gefällt. Nein, dann lieber Trennung. Aber ich bin überzeugt, daß diese Trennung in der Gewerkschaftsorganisation nicht erfolgen wird. Trotz aller Versuche, die ja auch hier gemacht worden sind.“

An das Referat und Korreferat schloß sich eine ausgiebige, scharfe Debatte, in der auch das Hilfsdienstgesetz und die neugegründete Eisenbahnerorganisation gestreift wurde. Mit 64 gegen 53 Stimmen wurde nachfolgende Entschließung angenommen:

I.

„Die Dreizehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erblid in den Anträgen 25 und 27 bis 31 der Vorlage den Ausdruck des geistlichen Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abzuwenden und ihn weit gesteckten politischen Zielen dienstbar zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgesprochenen Herabsetzungen der Gewerkschaften, ihrer Leistungen und Erfolge sowie die Verdächtigungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterchaft bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen und, unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und auf ihre Leitungen wegen ihrer angeblichen Tatenlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterchaft mehr oder weniger bedrückenden Kriegsmassnahmen verantwortlich machen. Zudem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterchaft zu der gegenwärtigen Revolution eine Kraftentfaltung, die sie nach den heutigen Machtverhältnissen gar nicht haben kann, vorgespiegelt wird, soll sie für große politische Massenbewegungen begeistert und zu demonstrierenden Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie vielleicht vorauszu sehen, mit einem Mißerfolg, dann wird dieser wieder den Gewerkschaften und ihren Leitungen zur Last gelegt.“

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Erleichterung des auf der Arbeiterschaft lastenden Druckes, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge der gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig bescheiden sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen völligen Zusammenbruch Deutschlands stärkt, deren Angriffsmut steigert, die Zahl der Kriegsgesamten vermehrt und den Krieg selbst verlängert.

Unter dieser Feststellung lehnt die Generalversammlung die oben genannten Anträge ab, erhebt Einsprache gegen das Bestreben, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegung in die Gewerkschaften hineinzuverfrachten und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck der gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandsmitglieder vor der gekennzeichneten Agitationsweise, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbandsabmachungen stehenden Arbeitsniederlegungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitgliedschaft gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II.

Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterschaft einer gesicherten gesetzlichen Grundlage. Die Hemmnisse in der Ausübung des Koalitionsrechts durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Nötigungsparagraphen auf die gewerblichen Lohnkämpfe müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechts beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage eine entschiedene Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterschaft berührenden Gesetze. In sozialpolitischer Hinsicht fordert sie den wirksamen Ausbau des Arbeiterschutzes, eine durchgreifende Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die Schaffung eines klaren und einheitlichen Arbeiterrechts, die Regelung der Arbeitsnachweiskfrage, Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswezens.

III.

Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlage für seine baldige Herbeiführung. Eine eifrige Wirksamkeit aller Arbeiterschaften im Sinne dieser Forderungen dient der Annäherung der verschiedenen Länder und damit einem dauernden Frieden.

Die Anträge Berlin, Leipzig, Halle, Memmelsdorf und Stettin, die die Kriegspolitik des Verbandes und der Generalkommission verurteilen, sind damit abgelehnt. Der von der Minderheit vorgelegene Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt. — In diesen 44 Stimmen kommt die wirkliche Stärke der Opposition zum Ausdruck.

Damit waren die grundsätzlichen Abstimmungen erledigt.

Einem Antrage wurde zugestimmt, wonach der Vorstand erneut bei den zuständigen Stellen Schritte unternehmen soll, daß die Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche wieder in Kraft gesetzt werden.

Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Militärwerkstätten wird der Vorstand beauftragt, eine Eingabe an den Reichstag und an den preussischen und bayerischen Landtag zu richten, daß nach Friedensschluß von den zuständigen Kriegsministerien eine Vorlage über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den militärischen Instituten ausgearbeitet wird.

Zur Frage der Uebertritte von Mitgliedern anderer Organisationen lag ein Antrag vor, der den Vorstand beauftragt, auf der nächsten Vorstandskonferenz dahin zu wirken, daß der Beschluß vom Jahre 1914, wonach Uebertritte während der Kriegszeit nicht vorgenommen werden dürfen, wieder aufgehoben wird. Begründend wurde gesagt, die jetzigen Verhältnisse wären unerträglich. Viele in der Metallindustrie beschäftigte Personen würden dadurch für die Organisation verloren gehen, sie blieben der alten Organisation nicht treu, würden sich aber auch nicht dem Metallarbeiterverband anschließen. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Mit 69 gegen 57 Stimmen wurde ein Antrag abgelehnt, die Gehälter sämtlicher Verbandsbeamten auf die Hauptkasse zu übernehmen. Dem gleichen Schicksal verfiel der Antrag, sämtliche Angestellten

nach im Laufe des Geschäftsjahres durch Urwahl zu wählen. Anträge auf Erhöhung der Beiträge wurden ebenfalls abgelehnt.

Zur Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter — über deren Behandlung manche Beschwerden vorgetragen wurden — nahm der Verbandstag einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes und den Kollegen Schilde als Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Kriegsamte, alles zu tun, damit auf dem schnellsten Wege die in Deutschland beschäftigten belgischen, polnischen und russisch-polnischen Arbeiter Versammlungs- und Vereinsfreiheit erhalten. Ferner verlangt die Generalversammlung, daß die oben genannten Arbeiter unter denselben Voraussetzungen ihre Arbeitsstelle wechseln dürfen als die deutschen Arbeiter.“

Beschlossen wird, die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nach den alten Sätzen wieder in Kraft zu setzen. Ueber die Zusammenfassung des Beirats entspann sich eine größere Aussprache. Der Verbandstag entsprach dem Verlangen nach Erweiterung des Beirats. Er beschloß, den bisherigen Beirat als engeren Beirat zu belassen und einen erweiterten Beirat zu schaffen. Diesem sollen außer den zum engeren Beirat zählenden Personen angehören: je ein Vertreter aus den Bezirken bis zu 25 000 Mitgliedern, je zwei Vertreter aus Bezirken bis 50 000 Mitgliedern und je drei Vertretern aus noch größeren Bezirken. Diese Vertreter werden auf Bezirkskonferenzen gewählt. Der erweiterte Beirat soll bei allen wichtigen, das Gesamtinteresse des Verbandes berührenden Fragen zusammenberufen werden. Er muß einberufen werden, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Mitglieder die Einberufung verlangt.

Der Verbandstag beschloß hierauf, sämtlichen Angestellten eine Teuerungszulage von 125 Mk. für den Monat zu gewähren, rückwirkend ab 1. Juli 1916. Die bisher gewährten Teuerungszulagen und Zuschüsse werden darauf angerechnet. Vorstand, Ausschuss und Redaktion werden in geheimer Wahl wieder gewählt.

Streiks und Lohnbewegungen.

Vereinbarung in der Automobil- und Aviatik-A.-G. Heiterblick bei Leipzig. Am 8. März ist es nach Verhandlungen zwischen der Firma und den in Betracht kommenden freien Gewerkschaften zu einer bis zum 1. März 1918 geltenden Vereinbarung gekommen, wonach die wöchentliche Arbeitszeit auf 52 Stunden festgesetzt worden ist.

Die ersten zwei Ueberstunden nach der regelmäßigen Arbeitszeit werden mit je 20 Pf., alle weiteren Ueberstunden sowie Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit mit 35 Pf. Zuschlag für die Stunde bezahlt. Regelmäßige Nachtschichten werden mit 20 Pf. Zuschlag für die Stunde berechnet.

Für Sattler und Tapezierer unter 18 Jahren betragen die Mindesteinstellungsgehälter 65 Pf., über 18 Jahre 80 Pf. die Stunde. Nach vierwöchiger Beschäftigung müssen die Löhne erhöht werden. Gelernte Arbeiterinnen in der Sattlerei erhalten 44 Pf. die Stunde, Hilfsarbeiterinnen 38 Pf. In der Sattlerabteilung wird ab 1. Juli d. J. eine erhöhte Teuerungszulage von 15 Pf. die Stunde gezahlt.

Für Garderobe, Wascheinrichtung, hygienische Einrichtung usw. ist zu sorgen.

Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Bei Bedarf von Arbeitskräften sollen künftighin die Arbeitsnachweise der diese Vereinbarung abschließenden Verbände benutzt werden, für die Holzarbeiter der paritätische Arbeitsnachweis der Holzindustrie.

Eintretende Differenzen werden zwischen dem Arbeiterausschuss und der Direktion erledigt.

Mindestgehälter für Werkmeister und Abteilungsleiter. Die Ortsgruppe Berlin des Werkmeisterverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe hat in ihrer Sitzung am 23. Juni dieses Jahres einstimmig beschlossen, für alle Werkmeister im Ortsbezirk Groß-Berlin eine Mindestgehaltsgrenze von 300 Mk. monatlich festzusetzen. Für diejenigen Werkmeister, welche dieses Mindestgehalt bereits beziehen, sind folgende Teuerungszulagen zu gewähren:

Bei einem Gehalt von bisher	300 Mk.	20 Proz.
" " " "	über 300 "	15 "
" " " "	350 "	10 "
" " " "	400 "	5 "

Ueberstunden, wenn solche nicht zu vermeiden sind, werden entsprechend dem Gehalt, und zwar: wochentags mit 25 Proz. Zuschlag, Sonn- und Feiertags mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt.

Im Anschluß hieran gibt die Geschäftsleitung bekannt, daß der Stellennachweis des Verbandes Stellenangebote unter diesem Mindestgehaltsatz nicht mehr vermitteln wird.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

In Köln a. Rh. beträgt ab 1. August 1917 der wöchentliche Beitrag für weibliche Mitglieder 35 Pf. Der Vorstand.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges ist gefallen unser Mitglied
Johann Schmidt, Berlin, 22 Jahre alt.

Berlin. Am 20. Juni verstarb unser Mitglied, der Militärattache Albert Krüger, im Alter von 83 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgegnossen Deutschlands, V.a.G. (früher C.G.B.)

Oertliche Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, 14. Juli 1917, abends 8 1/2 Uhr

Halbjährliche Mitgliederversammlung

im Kassenlokal, Restaurant Weihnacht, Grünstr. 21.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht b. 1. u. 2. Quartal.

2. Innere Kassenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Kassenstunden finden jeden Sonnabend von 7—8 1/2 Uhr abends statt!

Mitglieder, die vom Militär entlassen werden, wollen sich innerhalb der im § 10 Abs. 6 der Satzung festgesetzten Frist entweder im Kassenlokal in den angegebenen Kassenstunden oder bei dem Kassierer Kollegen W u f e l m a n n, Reutkölln, Iffestraße 26 III, wieder anmelden.

Sattler auf Geschirrarbeit

und

gelernte Sattler als Zuschneider

stellt ein

Adalbert Fischer, Berlin C.,

Stralauer Straße 39.

Sattler

(auch Kriegsbeschädigte) für Militärausrüstungsstücke auf dauernd gesucht. Schriftliche Angebote an

A. Riche, Hoff.

Militäreffektenfabrik, Basse.

Sattlergarn

Sanfgarn, Wachs-

maschinengarn in

rot, grau, feldgrau,

jeden Posten sucht

Max Kahn, München, Syrenistraße 1.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

Werkzeuge für Sattler, Portefeuller

liefert in bester Qualität

Georg Ditter, Messerschmiedemeister,

Offenbach a. M., Al. Biergrund 5. — Tel. 1514.

(Gegr. 1905.)

Spezialität: Schleifen von Spaltmessern,

Dedelscheren u. Papierschneidemaschinenmessern.